

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 4

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

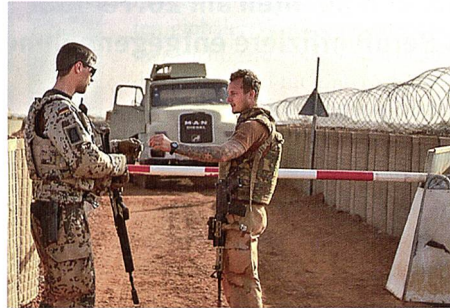
Deutschland

Bundeswehr bis an die Grenze belastet

Der Wehrbeauftragte des deutschen Bundestags, Hans Peter Bartels, bringt es auf den Punkt: «Die Truppe ist es leid». Mit dieser Aussage könnte man den im Februar erschienenen Wehrbericht 2015 zusammenfassen. Einsätze in Syrien, Afghanistan und auch in Mali, wo seit Februar 2016 zusätzlich zur EU-Trainings-Mission neu bis 650 Soldaten zugunsten der UNO im Bereich der Camp-Sicherheit sowie Force Protection eingesetzt werden, sowie eine besondere Flüchtlingssituation mit über einer Million Asylanten im eigenen Land, führten zu

einer drastischen Überlastung der Bundeswehr. Ein Fiasko bei den G36-Sturmgewehren, nicht funktionierende Schützenpanzer, Nachtfluguntauglichkeit der TORNADO Jets und «70-Prozent-Sollstrukturen bei 100-Prozent-Bedarf», in Verbindung mit einer 40-Stundenwoche führten dazu, dass das deutsche Militär an einem Wendepunkt steht. Bereits jetzt sind die Grenzen für mögliche Interventionen erreicht, mehr liegt gemäss den von Bartels anlässlich Truppenbesuchen befrag-

ten Vertrauensleuten, Kompaniechefs und Spiessen nicht drin. Bei einem Etat von knapp 35 Milliarden und Bestand von



Schlüsselübergabe an die Deutschen in Gao, Mali. Bild: Bundeswehr

178 573 Mann am 31. Januar 2016 fehlt es an allen Ecken und Enden. Immerhin wurde das Budget gegenüber dem

letzten Jahr um zwei Milliarden aufgestockt, inklusive einer Planungssicherheit für die nächsten vier Jahre. Womit, gemessen an dem 2%-NATO-Ziel, aber nur 1,07 Prozent des BIP für die Verteidigung ausgegeben werden. Die Konsequenz daraus zeigt sich am Beispiel des Panzergrenadierbataillons 371, welches seitens der Bundeswehr in der aktuellen Ablösung der NATO Reaction Force (NRF) eingesetzt ist. Für die Erfüllung seines Auftrags als Speerspitze innerhalb dieser Very High Readiness Joint Task Force musste sich das Bataillon gemäss dem Wehrbericht 15 000 Ausrüstungsgegenstände bei 56 anderen Bundeswehreinheiten ausleihen.

Estland

Aufrüstung im Baltikum

Die estnischen Verteidigungsstreitkräfte werden auch 2016 wieder mehr Geld als geplant ausgeben dürfen. Das NATO-Mitglied Estland, welches als erstes baltisches Land seit längerem die von der Allianz vorgeschriebenen jährlichen 2% des BIP für die Verteidigung ausgibt, wird über die nächsten vier Jahre für zusätzliche 818 Millionen Euro Rüstungsgüter beschaffen können. Gemäss dem estnischen Verteidigungsminister Hannes Hanso wird der Betrag für Gewehre, unbemannte Flugzeuge, ein Panzerabwehrsystem und weiteres Material verwendet werden. Hanso erklärt, dass insbesondere das im Januar dieses Jahres eingeführte Panzerabwehrsystem JAVELIN weiter ausgebaut wird. Wegen den Ereignissen auf der Krim

hat Estland im beschleunigten Verfahren innert 18 Monaten 80 Systeme dieser Panzerabwehrraketen neubeschafft. Offenbar ist dies durch den breitabgestützten politischen Konsens im Land möglich. Die



Ausbildung am JAVELIN Simulator.

Bild: Eesti Kaitsevägi, mil.ee

3-Parteien-Koalition mit weiteren sechs Parteien im Parlament sind sich über die Verteidigung einig. Es gibt einen 10-Jahres-Rüstungsplan, welcher im Vierjahreszyklus angepasst wird. Aus diesem Grund wurden die ca. 450 Millionen Euro des diesjährigen Budgets wie eingangs erwähnt, um fast die Hälfte aufgestockt.

Russland

Russland will sich behaupten

Anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar verglich der russische Premier Dimitri Medvedev die aktuelle sicherheitspolitische Situation mit einem neuen Kalten Krieg und kritisierte damit direkt die USA. Denn gemäss Medvedev wird sein Land derzeit «beinahe täglich beschuldigt, wüste Drohungen gegenüber der NATO als Ganzes, gegenüber Europa, den USA oder anderen Ländern zu verüben oder auszusprechen». Während dem die Ereignisse in Syrien zunehmend aus Moskau gesteuert werden, Russland seine Verteidigung hochfährt und gleichzeitig den regionalen Einfluss (beispielsweise in Armenien) ausbaut, versucht der Westen mittels Einbindung und militärischem Ausbau seiner Ostflanken (etwa durch den geplanten NATO-Beitritt von Montenegro, dem Ausbau der maritimen Präsenzen im Baltikum, der Schwarzmeerregion und dem östlichen

Mittelmeer) ein «Kräftegleichgewicht» aufzubauen. Kurz, zur Zeit findet die grösste (Truppen-)Verstärkung in Europa seit dem Ende des Kalten Kriegs statt. Dazu meint der ehemalige russische Generalstabschef und Generaloberst Leonid Iwashow, heutiger Präsident der (russischen) Akademie für Geopolitik: «die NATO-Erweiterung deckt sich gänzlich mit der Washingtoner Sicherheitsstrategie, in welcher Russland das primäre Hindernis zur Erhaltung eines unipolaren, von den USA angeführten Weltbilds ist». Russland, eigentlich ja seit 1994 ein NATO-Partner, ist seit dem Einmarsch in der Ukraine von den Partnership for Peace (PfP) Gremien ausgeschlossen. Entsprechend wird seitens Brüssel und Moskau angestrebt, noch vor diesem Sommer formelle Gespräche zwischen der NATO und Russland durchzuführen. Inwiefern dabei die für das 2. Quartal 2016 angekündigten Interkontinentalraketenstarts von zwei brandneuen russischen Modellen

(RS-28 SARMAT und RS-26 RUBEZH) eine Rolle spielen, bleibt offen. Beide Raketen werden mittels Hyperschall (fünffache bis zwanzigfache Schallgeschwindigkeit) ins Ziel gebracht. Gemäss Herstellerangaben benötigt es etwa 50

Abfangraketen eines modernen Abwehrschilds um eine einzige SARMAT (über 100 Tonnen Gesamtgewicht, davon ein 10-Tonnen-Sprengkopf) zu stoppen. Das System wird bis spätestens 2020 mit sieben Regimentern betrieben

und ist mit keinem anderen weltweit verfügbaren Raketen-system vergleichbar. In den letzten drei Jahren seien gemäss dem Kommandanten der russischen Raketenstreitkräfte, Generaloberst Sergei Karakayev, mindestens 50 zusätz-

liche Interkontinentalraketen in Dienst gestellt worden. Zu beachten gilt, bereits Ende Februar haben die USA erfolgreich zwei unbewaffnete Atomraketen des Typ MINUTEMAN III vor der Küste Kaliforniens getestet.

USA

USA – (Conventional) Prompt Global Strike

Jüngste Rüstungsprojekte in Russland und China, aber auch anderer Länder Interkontinentalraketenprojekte können möglicherweise unter dem Aspekt des US-Amerikanischen «Prompt Global Strike» Vorhaben (PGS) besser verstanden werden. PGS, ein noch unter George W. Bush seit dem Jahre 2000 weiterentwickeltes (Erstschlag)-Angriffskonzept sieht vor, jeden Ort der Welt innert einer Stunde mittels konventionellen Luftschlägen angreifen zu können. Ursprünglich wurde angedacht, bestehende

Interkontinentalraketen konventionell umzurüsten. Befürchtungen, nicht zuletzt seitens des amerikanischen Kongresses, bestehen bis heute: wie sollte ein möglicher Gegner eine nukleare von einer konventionellen Rakete unterscheiden können und darum von Vergeltungsmassnahmen absehen?

Als im Jahr 2010 die neuen START-Verträge ausgehandelt wurden, setzte sich Russland dafür ein, keine konventionellen Sprengköpfe in strategische Langstreckenraketen einbauen zu dürfen. Die USA wiesen diesen Punkt entschieden zurück, denn die

PGS-Pläne wären damit durchkreuzt worden.

Obwohl seither für das Programm mehrere hundert Millionen Dollar ausgegeben wurden, bestehen seitens der US-Administration weiterhin grosse Bedenken, wie dies auch in einem Ende Februar erschienenen Bericht des Congressional Research Service, der staatswissenschaftlichen Forschungsabteilung des US-Parlaments beschrieben wird. Um deshalb über Alternativen zu Verfügungen, wird empfohlen, Erstschläge auch mittels Langstreckenbomben, Mittelstreckensystemen, Marschflugkörpern oder gestützt auf U-

Boote durchführen zu können. Die Bedenken Russlands bleiben hingegen bestehen. Laut Alexander Grushko, Botschafter der permanenten Vertretung Russlands bei der NATO, stellt PGS eine klare Bedrohung für das strategische Gleichgewicht und damit die Stabilität dar. Viele Jahre lang, so Grushko, wurde uns (seitens den USA) erklärt, dass die Raketenabwehr in Europa gegen eine nukleare Bedrohung des Irans gerichtet ist, dies ist jedoch jetzt Geschichte. Aus russischer Sicht sollten deshalb auch sämtliche damit verbundenen Rüstungsprojekte beendet werden.

Israel

Neue Boden-Boden-Raketen

Das Artilleriekorps der Israeli Defence Force (IDF) stellte sein neues Boden-Boden Raketen-system des Typs ROMACH in Betrieb. Die GPS-gelenkte Rakete verfügt über eine Reichweite bis 35 km, einen 20 kg Sprengkopf und eine Treffergenauigkeit von unter 10 m. Sie wird derzeit auf dem Mehrfachraketenwerfersystem M-270 eingesetzt, soll aber in Zukunft auf dem von Israel Military Industries (IMI) hergestellten Trägerfahrzeug des Typ LYNX platziert werden. Letzteres verfügt über die Fähigkeit, Raketen verschiedenster Bauart aufnehmen und gleichzeitig mehrere Ziel bekämpfen zu können. Aber schon jetzt bringt die ROMACH-Rakete



LYNX Trägersystem.

Bild: Israel Military Industries Ltd. (IMI)

eine höhere Bereitschaft der IDF. Denn, der gesamte Einsatz der israelischen Artillerie steht unter einem Paradigmenwechsel. Unter dem Begriff «Network Based Fire» zusammengefasst, so der ehemalige IDF Artillerie Chef Brigadier Roy Riftin, wird dies das (israelische) Gefechtsfeld nach-

haltig verändern. Denn anstelle von individuell eingesetzter Artillerie, wird zukünftig nur noch eine breit gefächerte und über die Führungsebenen vernetzte «Feuerunterstützungspalette», bestehend aus den ROMACH-Raketen, Drohnensystemen, präzisionsgelenkter Munition (Smart Bombs),

Mehrfachraketenwerfer und Kanonenartillerie zum Einsatz gelangen. Dies würde einerseits die Luftwaffe entlasten, welcher weniger oft Einsätze zugeteilt werden und andererseits führt es zu einer maximalen Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten. So meint Riftin, dass die Artillerie in Zukunft gänzlich anders eingesetzt werden wird. In seinem Konzept geht es nämlich darum, dass der Artilleriebeobachter/Schiesskommandant das Feuer nicht mehr nur durch Gefechtsfeldbeobachtung legt, sondern die Artillerie in einem integralen C3-Netz (Command, Control und Communications) Informationen zur Zielbekämpfung sammelt, austauscht oder auf vorgefertigte Zielkataloge bei-

spielsweise des Inlandgeheimdienstes zurückgreift. Zudem sei es wünschenswert, dass mittels Vernetzung die Schiessbefehle an den geeignetsten Effektor im Raum erteilt werden.

Und das kann dann auch einmal ein Merkava Kampfpanzer sein, erklärt der General. Dies führt in Konsequenz dazu, dass einem Infanterie- oder Panzerkompaniekommandant,

nachdem ein Ziel erkannt ist, direkte Feuerunterstützung seitens des geeignetsten (und am schnellsten verfügbaren) Mittel zuteil wird. Letztendlich geht es aber darum, dass die Artillerie

in Zukunft nicht mehr ein Kampfverbände unterstützen des Element ist, sondern ein selbständig angreifender Verband wird, der gleichzeitig auch unterstützend wirken kann.

Algerien

Mehr russische Kampffjets

Algerien plant zwölf russische SU-34 (im Export mit SU-32 bezeichnet) zu beschaffen. Mit einer Flügelspannweite von 14,7 und 23,4 Meter lang, nimmt der Bomber zwei Piloten auf und verfügt über eine Nutzlast von ca. 12 Tonnen. Derzeit werden mindestens 8 Flugzeuge dieses Typen von

russischen Kräften in Syrien intensiv eingesetzt. Gemäss dem Direktor des Herstellerwerks NAPO (Novosibirsk Aircraft Production Association) wurden nach achtjährigen Verhandlungen per Jahresbeginn konkrete Pläne über die algerische Beschaffung ausgearbeitet. Diese Anschaffung passt in die Flotte der algerischen Luftwaffe, welche ausschliesslich

Kampfflugzeuge ehemals sowjetischer Bauart unterhält. Denn 2015 unterzeichnete das nordafrikanische Land einen Kaufvertrag für zusätzliche 14 SU-30 MKA, welche bereits ab diesem Jahr ausgeliefert werden. Insgesamt verfügt Algerien somit über 13 MIG-25, 32 MIG-29, 23 SU-24 sowie 44 SU-30. Bereits letzten Juni wurden sechs MI-26 Transport-

helikopter ausgeliefert mit einer Folgebestellung für weitere acht Stück. Dazu kommen 42 bestellte MI-28 Kampfhelikopter. Dies macht Algerien seit 2009 zum grössten Rüstungsmarkt auf dem afrikanischen Kontinent, mit Ausgaben von etwa 50 Mia. USD in den vergangenen und einem erwarteten Volumen von 92 Mia. USD in den nächsten 5 Jahren.

China

Reorganisation der chinesischen Streitkräfte

Ab Januar 2016 sind die chinesischen Streitkräfte organisatorisch neu aufgestellt. Nach der Reorganisation besteht die neue zentrale Militärkommission Chinas aus sieben Abteilungen, drei Ausschüssen und fünf weiteren direkt unterstellten Institutionen. Das hört sich trocken an. Doch die Botschaft ist klar: Präsident Xi hat seine Macht auch über die Armee konsolidiert. Sie ist nun zentraler organisiert als bisher und legt auch neue Schwerpunkte fest.

Zu den 15 Behörden gehören das Büro der Militärkommission, der gemeinsame Stab, die Abteilung für politische Aufgaben, die Abteilung für logistische Gewährleistung, die Abteilung für Ausrüstungsentwicklung, der Disziplinarausschuss und der Ausschuss für Wissenschaft und Technik. Die Doktrin für den Militäreinsatz bleibt aber gleich: Generalverwaltung durch die Militärkommission, Einsatzverwaltung durch Kriegszonen und Aufbauverwaltung durch Waf-

fengattungen. Analysten glauben, der Schwerpunkt dieser Runde der Reform der Streitkräfte liege nicht nur in der Abrüstung von 300 000 Offizieren und Soldaten. Die Militärkommission werde angepasst hin zu einem Multibehördensystem. Darüber hinaus solle eine Leitungsstelle für das Heer errichtet und die Regelung der Verwaltungssysteme der Waffengattungen vervollständigt werden. Es gibt auch noch grosse Veränderungen beim Führungs- und Kommandosystem:

Das Arsenal strategischer Raketen wird künftig einer neuen Armee-Einheit unterstellt. Dies betrifft sowohl die konventionellen Geschosse als auch die Raketen mit Atomsprengköpfen – die eigens dafür gegründete Einheit heisst «Streitkraft der strategischen Abschreckung». Es gibt auch ein neues Generalkommando, das fortan alle Einsätze von Bodentruppen koordinieren soll. Und zusätzlich gibt es eine neue Einheit zur «strategischen Unterstützung der Kampftruppen». Sie kann sich auf den Cyberkrieg konzentrieren.

China

Südchinesisches Meer: es wird heisser

China stationiert Kampfflugzeuge und Radaranlagen auf «seinen» Inseln. Australien bereitet sich – zumindest auf der Ebene der Doktrin – auf einen Machtkampf vor. Die Lage im Südchinesischen Meer verschlechtert sich zunehmend.

Auf den Spratly-Inseln errichtet China angeblich eine Radaranlage und auf Woody Island sollen laut US-Geheimdienst Kampffjets warten. Peking selber erklärte lediglich, auf den Inseln «Waffen» stationiert zu haben. Die Standortinseln sind unter anderem jene Sandbänke, die China aufgeschüttet hatte, um daraus Inseln zu errichten. Die Nachbarländer – die es ebenfalls so praktizieren – taten sich sofort zusammen, um Chinas Handlungen zu kritisieren.

China beansprucht 90 Prozent des Gewässers für sich. Zu den 3,5 Millionen Quadratmetern zählen auch die Inseln und Riffe der Spratly-Islands, die teils mehr als 800 Kilometer von der chinesischen

Küste entfernt sind. Die philippinische Küste liegt hingegen nur etwa 220 Kilometer entfernt.

Wohl nicht als direkte, doch als stärkste Antwort darauf publizierte Australien ein Weissbuch über die Aufrüstung der eigenen Streitkräfte. Australien will dem immer aggressiveren Auftreten Chinas im Südchinesischen Meer nicht länger zusehen.

Es sollen unter anderem zwölf neue U-Boote angeschafft werden. Ausserdem ist geplant, weitere Fregatten sowie Patrouillenboote und Raketen zu kaufen. Insgesamt will Australien in den nächsten 20 Jahren 195 Milliarden Australische Dollar (knapp 150 Milliarden Franken) investieren. Regierungschef Malcolm Turnbull sprach von einem «Plan, um schlagkräftigere, agile und einsatzbereitere Verteidigungskräfte zu schaffen, die zur Stelle sein können, wenn unsere Interessen bedroht sind oder unsere Hilfe benötigt wird». Die langfristige Aufrüstung sei notwendig, um in der asiatischen Pazifik-Region weiterhin Frieden zu gewährleisten.

Indonesien

Indonesien und der Islamische Staat

Der Islamische Staat ist schon seit einiger Zeit in Indonesien präsent. Lange war es aber ruhig um ihn. Abrupt änderte sich die Lage aber im Januar. Der erste IS-Selbstmordanschlag in Jakarta wirft Fragen auf.

Es handelt sich um den ersten Anschlag in der indonesischen Metropole seit langem. Nach den grossen Angriffen

auf Touristenorte auf Bali 2002 und 2005 und auf das Marriott Hotel 2009 war es in Jakarta relativ ruhig geworden. Doch am 14. Januar 2016 explodierten mehrere Bomben im Zentrum der Stadt. Gestorben sind mindestens sieben Personen. Der IS beanspruchte die Urheberschaft der Attentate. Ziel des Angriffs seien «Ausländer und Sicherheitskräfte, die sie beschützen sollten» gewesen, hiess es.

Bisher schienen die Sicherheitskräfte die Terrorgefahr, auch dank internationaler Kooperation, einigermaßen im Griff zu haben. Deshalb scheinen die Attentate überraschend. Überhaupt: Unternehmen und westliche Botschaften sandten bisher unermüdlich gute Zeichen über die Sicherheitslage in Indonesien aus.

Ein vertiefter Blick offenbart aber eine andere Realität: Diverse Behörden aus den vier

Asean-Staaten Malaysia, Indonesien, Philippinen und Singapur schätzen, dass dort etwa 900 Personen in die Dienste von Isis eingetreten und nach Syrien oder den Irak gereist sind. 700 von ihnen seien Indonesier. Gemäss allgemeinen Einschätzungen handelt es sich nicht mehr um Freiwillige, die sich wie früher aus wirtschaftlichen Gründen, sondern um Leute, die sich aus islamistischer Überzeugung dem Islamischen Staat anschlossen.

Australien

PC-21 für Australien

Im Rahmen des Projects «Air 5428» hat Australien für die Ausbildung der Piloten ein neues Trainingssystem ausgewählt. Zur Wahl standen die Pilatus PC-21, die von dem Team Lockheed Martin, Hawker Pacific und Pilatus angeboten wurde, und Beechcraft T-6C mit dem Team BAE Systems, CAE und Beechcraft. Den Zuschlag erhielt das Pilatus-Team.

Die PC-21 für Australien werden ab Juni 2017 ausgeliefert und stellen ab dann das Rückgrat der Pilotenausbildung über die kommenden 25 Jahre der Luftwaffe dar. Beschafft werden 49 Flugzeuge.

Der PC-21 stellt eine bewährte und kostengünstige Trainingsplattform dar und wird bereits in Australien eingesetzt: Die Luftwaffe von Sin-



PC-21.

Bild: Pilatus Werke

gapur bildet seit sieben Jahren ihre Piloten auf der Luftwaffenbasis in Pearce im Bundesstaat Western Australia auf dem PC-21 aus. Mit diesem Auf-

trag wurden seit Lancierung des PC-21 bereits 180 PC-21 verkauft und Australien ist bereits das sechste Land, welches die Pilotenausbildung mit dem modernsten Trainingssystem von Pilatus revolutioniert. Der PC-21 wird ausserdem von der Schweizer Luftwaffe sowie von den Vereinigten Arabischen Emiraten, von Katar und Saudi-Arabien erfolgreich eingesetzt.

Seit 28 Jahren trainiert Australien seine Piloten mit PC-9.

Nordkorea

Nordkorea meldet Wasserstoffbombentest

Nordkorea provoziert einmal mehr die Weltgemeinschaft. Das weitgehend isolierte Land zündet nach eigenem Bekunden erneut eine Wasserstoffbombe. Weltweit registrierten Erdbebenwarten den Erdstoss. Südkorea und Japan sind alarmiert.

Nordkorea hat nach eigenen Angaben erstmals eine Wasserstoffbombe getestet. Der Test sei erfolgreich verlaufen, verkündete ein Nachrichtensprecher im staatlichen Fernsehen. Es habe sich um eine «strategische Entscheidung» unter Leitung des

Staatsführers Kim Jong Un gehandelt. Zuvor war von der US-Erdbebenwarte USGS nahe dem nordkoreanischen Atomtestgelände Punggye Ri ein starker Erdstoss registriert worden. Südkorea und Japan verurteilten den Test aufs Schärfste. Auch China, Frankreich und Grossbritannien übten Kritik. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen berief eine Dringlichkeits-sitzung ein.

Nach dem Test hiess es im staatlichen Fernsehen, Nordkorea werde seine Atom-Kapazitäten weiter ausbauen. Solange die Rechte des Landes geachtet würden, würden aber keine Atomwaffen eingesetzt.

Es gehe allein um Selbstverteidigung. Solange die USA ihre feindliche Politik gegenüber Nordkorea nicht aufgeben würden, werde das Land auch sein Atomprogramm nicht beenden.

Das international weitgehend isolierte Nordkorea hatte bereits in den Jahren 2006, 2009 und 2013 Atomwaffentests unternommen und damit jedes Mal internationale Empörung ausgelöst. Der UN-Sicherheitsrat hatte je-

weils mit neuen Strafmassnahmen reagiert. Mit dem erneuten Test einer Wasserstoffbombe und dem Start einer Langstreckenrakete ging Pjongyang sogar seinem Verbündeten China zu weit. Jetzt reagiert die UNO. Washington und Peking haben sich nach US-Angaben auf eine neue Resolution des UNO-Sicherheitsrats zu Nordkorea geeinigt.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*

Korrigendum

In der ASMZ 03/2016 wurden EC-725 (H215M) Cougar wie auch A300M irrtümlicherweise der Boeing zugeschrieben. Selbstverständlich sind sie Airbus-Produkte.